

Neue Friedensbewegung Solingen gegründet

Die Waffen nieder – Waffenstillstand jetzt!

Am 5. September 2022 haben mehr als 40 Solinger*innen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen im Naturfreundehaus Holzerbachtal das „Neue Friedensforum Solingen“ gegründet. Die Anwesenden haben an diesem Abend einen Koordinierungskreis gewählt der die nächsten Aktivitäten vorbereiten soll. In der Medieninformation, die vom Koordinierungskreis an die Presse verschickt wurde, heißt es (Auszug¹):

„Einmütig wurde festgestellt,

- dass der Angriffskrieg von Wladimir Putin und die Invasion russischer Truppen eine eklatante Verletzung des Völkerrechts darstellt und es keine Rechtfertigung dafür gibt,
- dass die schon lange vorher eingeleitete weltweite Aufrüstung und Militarisierung abgelehnt und bekämpft werden soll.
- dass ein Waffenstillstand zwischen Russland und der Ukraine möglich wäre, wenn auf allen Seiten der Wille dazu bestände.

Das „Neue Friedensforum Solingen“ fordert von der Bundesregierung:

- sich für einen Waffenstillstand zwischen Russland und der Ukraine einzusetzen,
- alle Mittel auszuschöpfen, um eine Eskalation in einen Atomkrieg zu verhindern,
- auf eskalierende Reaktionen und eine demütigende Rhetorik zu verzichten,
- sich für die Aufrechterhaltung des zivilgesellschaftlichen und kulturellen Austausches mit Russland einzusetzen,
- das 100 Mrd. Euro-Aufrüstungsprogramm für die Bundeswehr zurückzunehmen und das Geld stattdessen für eine beschleunigte Energiewende und eine sozial-ökologische Transformation zu verwenden.“

Vorangegangen war ein von der VVN-BdA Solingen und dem Solinger Appell initiiertes Treffen im Juni dieses Jahres. Dort wurde über den schrecklichen Krieg in der Ukraine und die Rolle Deutschlands diskutiert. Bei diesem Treffen wurde von vielen Teilnehmenden der Wunsch geäußert, wieder ein Friedensforum wie in den 1970er und 1980er Jahren zu gründen, ein Forum in dem man sich austauschen und unsere Forderungen organisiert an die Öffentlichkeit tragen kann.



Gründungstreffen „Neue Friedensbewegung Solingen“

Die Mitglieder der DKP haben sich engagiert an der Diskussion beteiligt und teilen diese Forderungen. Wir sind wütend und müssen auf die Straße. Millionen von Menschen in diesem Land sind von der Inflation, den steigenden Gaspreisen und von der dreisten Gasumlage betroffen. Hunderttausende, die ihr ganzes Leben hart gearbeitet haben, kommen mit der Rente nicht mehr hin und wissen nicht, wie sie die Gas- oder Stromrechnung bezahlen sollen; sie können sich nur entscheiden, ob sie hungern oder frieren sollen.

Zehntausende Menschen haben bereits auf beiden Seiten der Kriegsparteien ihr Leben verloren. Städte und Infrastruktur in weiten Teilen der Ukraine sind zerstört. Die Kosten für den Wiederaufbau belaufen sich schon jetzt auf Hunderte Milliarden. Verhandlungen sind in weite Ferne gerückt, jegliche Friedensgespräche scheinen angesichts der täglichen, hasserfüllten Kriegsrhetorik aussichtslos zu sein.

Die Forderungen der DKP Solingen lauten:

- sofortiger Waffenstillstand ohne Vorbedingungen,
- ein sofortiges Ende der nutzlosen Sanktionen, die nur uns schaden,
- eine europäische Friedensordnung die den Interessen aller Länder gerecht wird,
- ein Stopp des Aufrüstungsprogramms, sowohl der 100 Milliarden wie auch des 2%-Zieles am Bruttoinlandsprodukt,
- den Stopp der Waffenlieferungen an die Ukraine,
- den Stopp aller Auslandseinsätze der Bundeswehr!

¹ Der gesamte Text ist auf der folgenden Seite dokumentiert.

Die „Klingenstadt“ dokumentiert die Medieninformation des Koordinationskreises des Neuen Friedensforums Solingen vom 6. September 2022

Die Waffen nieder – Waffenstillstand jetzt Neues Friedensforum Solingen gegründet

Am gestrigen Abend haben mehr als 40 Solinger und Solingerinnen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen im Naturfreundehaus Holzerbachtal das „Neue Friedensforum Solingen“ gegründet.

Einmütig wurde festgestellt,

- dass der Angriffskrieg von Wladimir Putin und die Invasion russischer Truppen eine eklatante Verletzung des Völkerrechts darstellt und es keine Rechtfertigung dafür gibt,
- dass die schon lange vorher eingeleitete weltweite Aufrüstung und Militarisierung abgelehnt und bekämpft werden soll,
- dass ein Waffenstillstand zwischen Russland und der Ukraine möglich wäre, wenn auf allen Seiten der Wille dazu bestände.

Das „Neue Friedensforum Solingen“ fordert von der Bundesregierung:

- sich für einen Waffenstillstand zwischen Russland und der Ukraine einzusetzen,
- alle Mittel auszuschöpfen, um eine Eskalation in einen Atomkrieg zu verhindern,
- das 100 Mrd. Euro-Aufrüstungsprogramm für die Bundeswehr zurückzunehmen und das Geld stattdessen für dringend benötigte Investitionen im kulturellen und sozialen Bereich, eine beschleunigte Energiewende und eine sozial-ökologische Transformation zu verwenden,
- weiterhin für Gespräche offen zu bleiben und sich für den Einsatz von Mediator*innen stark zu machen,
- die diplomatischen Möglichkeiten, z. B. im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zu nutzen,
- sich für eine Konferenz über die künftige Sicherheitsarchitektur Europas starkzumachen,
- auf eskalierende Reaktionen und eine demütigende Rhetorik zu verzichten,
- sich für die Aufrechterhaltung des zivilgesellschaftlichen und kulturellen Austausches mit Russland einzusetzen,
- Kriegsdienstverweiger*innen und Deserteur*innen aus Russland, der Ukraine und Belarus einen Aufenthaltsstatus zu gewähren.

Für die Erreichung unserer Ziele suchen wir weitere Bürgerinnen und Bürger, die bereit sind, das Neue Friedensforum in Solingen verantwortlich mitzugestalten. Es wurde ein Koordinierungskreis gebildet, der in Kürze Aktionen und Projekte vorschlagen wird, um die Ziele des Friedensforums umzusetzen.

Hier steht aktuell die Beteiligung am bundesweiten dezentralen Aktionstag zum 1. Oktober an, zu dem der Bundesausschuss Friedensratschlag aufgerufen hat.

Der Koordinationskreis, welcher als Personenbündnis bewusst ohne politische Parteien gegründet wurde, soll um Aktive aus dem Spektrum der christlichen und gewerkschaftlichen Friedensarbeit erweitert werden.

Für den Koordinationskreis:

Jürgen Beu, Nico Bischoff, Günther Bischoff, Emma Bortmann, Dietmar Gaida, Holger Kahle, Frank Knoche, Sara Krämer, Heinz Voigt



Heraus zum 1. Mai: Trotz Corona – Wir sind sichtbar!

In diesem Jahr fand wieder eine Demonstration und Kundgebung in der Solinger Innenstadt statt. Nachdem in den vergangenen beiden Jahren die Gewerkschaften auf virtuelle Veranstaltungen setzten, beteiligten sich dieses Mal wieder zahlreiche Gewerkschafter*innen an der öffentlichen Kundgebung. Annelie Buntenbach, ehemaliges Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB, warnte vor den sozialen Folgen der drohenden Rüstungsspirale.

Forderungen der DKP zum 1. Mai:

- Sicherung der Arbeitsplätze, Sonderabgabe auf hohe Einkommen und Vermögen, Gewinnabschöpfung bis hin zur Vergesellschaftung der großen Konzerne!
- Abrüsten statt aufrüsten. Wir brauchen das Geld für Soziales, Bildung und Kultur!
- Überführung des Gesundheitsbereiches in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle!



Antikriegstag am 1. September 2022



Unter dem Motto „Für den Frieden! Gegen einen neuen Rüstungswettlauf! Die Waffen müssen endlich schweigen“ demonstrierten zahlreiche Vertreter*innen des Netzwerks Friedenskooperative aus Düsseldorf und der Umgebung zum Antikriegstag am 1. September 2022. Im Zentrum der Aktion standen Proteste gegen die neue Rüstungsspirale. Stattdessen wurde deutlich gemacht, dass diese Milliarden dringend für Soziales, Gesundheit, Bildung und Kultur benötigt werden.

Am Weyersberg rührt sich Widerstand



Im Quartier am Weyersberg wächst der Unmut über die geplante BHC-Arena.

Die „Klingenstadt“ berichtete schon mehrfach über die Pläne zur BHC-Arena am Weyersberg. Jetzt gibt es Neues: In den letzten Wochen hat sich die Unruhe unter den Bewohner*innen im Quartier verstärkt. Viele befürchten, dass ihr Weyersberg nicht mehr ihr vertrautes Wohngebiet sein wird. Recht haben sie. Denn längst haben sich Überlegungen, ob und wie die Klingenhalle auf den neuesten Stand gebracht werden kann, zu einem gigantischen neuen Projekt entwickelt. Eine große Halle, eine „Arena“ soll entstehen für 5300 Besucher*innen von Sportveranstaltungen und eingerichtet für 8000 Gäste von "Events". Ein Parkhaus soll ebenfalls gebaut werden und zwei neue Kreisverkehre sind in der Planung, um den entstehenden Autoverkehr zu leiten. In den Köpfen mancher Stadtoberen spukt auch ein Bahnhofstempel, der zu schaffen wäre. Außerdem sollen die von Anwohner*innen und Vereinen genutzten Kunstrasenplätze verschwinden und irgendwo neu entstehen – wo genau ist jedoch unklar.

Kein Zweifel: So würde das Quartier völlig umgekrempelt. Hinzu kommt, dass durch die Größe der geplanten Anlage die Luftzirkulation ausbleiben würde mit Folgen für den Wärmestand in der Innenstadt. Das geht direkt auf die Lebensqualität der Menschen und lässt Schlimmes befürchten. Die Stadt würde sich

weiter erhitzen - und das obwohl sie doch Abkühlung bräuchte.

Mittlerweile ist die Ablehnung dieses monströsen Projektes groß geworden. Anwohner*innen, unterstützt von Aktivist*innen des Jugendstadtrates, von Fridays for future, Naturfreunden und anderen Organisationen sind aktiv im Kampf gegen die Pläne (www.bhc-arena.de). Auch in Parteien rührt sich Widerstand. Die DKP lehnt das Projekt ohne Wenn und Aber ab.

Das Geld wird für Soziales gebraucht

Während viele Bürgerinnen und Bürger in größter Sorge sind, wie sie Inflation und explodierende Preise für Energie bewältigen sollen, wird hier mit Millionen jongliert, die die Stadt übrigens nicht hat. Allein für die Planung gehen die Kosten jetzt schon in den siebenstelligen Bereich. Mindestens 100 Millionen Euro können die Gesamtkosten sein.

Der Stadtspitze und dem Oberbürgermeister sei ins Stammbuch zu schreiben: Das passt nicht in diese Zeit. Daher fordern auch wir: Ende der Planung - aus für dieses Monsterprojekt. Das Geld wird gebraucht für Soziales, Bildung, Stärkung der Kultur, für den Nahverkehr und den Bau bezahlbarer Wohnungen. Das brauchen die Menschen wirklich.



Klingenhalle weg – was dann?



In diesem Jahr fand wieder ein Gedenken an die 71 Gefangenen statt, die kurz vor der Befreiung vom Faschismus von der Gestapo in der Wenzelnbergsschlucht grausam ermordet wurden. Die Sprecherin der VVN/BdA Solingen, Petra Lindenau, sagte: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg, so steht es in dem Schwur von Buchenwald. Niemand hat das Recht Menschen zu töten (...) Jetzt sollten alle Beteiligten die ganze Kraft in die Beendigung dieses Krieges und der anderen Kriege setzen. Jede weitere Waffe erzeugt Eskalation, jede weitere Eskalation verstärkt die Gefahr der Ausweitung des Krieges. Niemand darf es wagen, den Einsatz atomarer Waffen zu riskieren. Diese sollten für immer geächtet und beseitigt werden.“

Preissteigerungen ohne Ende

Vorbereitung auf einen heißen Herbst

Seit Monaten steigen die Preise für nahezu alle Bedarfe des täglichen Lebens. Ob Nahrungsmittel im Supermarkt, der Spritpreis an der Tankstelle nach dem Auslaufen und trotz des Tankrabatts oder die Nebenkosten für die meisten Wohnungen. Die meisten Verbraucher*innen spüren bereits jetzt die drastischen Auswirkungen der Teuerungen auf ihr alltägliches Leben. So haben die Stadtwerke Solingen angekündigt, ihre Gaspreise auch für Bestandskund*innen um ca. 70 % monatlich zu erhöhen.

Die bisherigen Entlastungspakete der Bundesregierung haben sich als hilfloser Versuch entpuppt, die Krise des Kapitalismus abzumildern, ohne ihre Verursacher, die großen Banken und Konzerne, anzutasten. Ein Tankrabatt, den die Mineralölkonzerne und Tankstellenbetreiber nur in geringem Maße an die Verbraucher*innen weitergegeben haben, viel zu wenig finanzielle Hilfeleistungen für einen viel zu kleinen Personenkreis, eine Gasumlage, aus der sich auch die Krisenprofiteure bedienen und ein auf 3 Monate befristetes 9 €-Ticket, für welches seitens der Ampelkoalition keine adäquate Nachfolgeregelung gefunden werden kann, bezeugen deutlich, wessen Interessen unsere Politiker*innen im Bundestag umzusetzen gedenken.

Während vielen hart arbeitenden Menschen, Rentner*innen, Studierenden und Sozialhilfeempfänger*innen massenhaft ein Abrutschen in die Armut droht, machen Baerbock, Scholz, Lindner & Co. beständig klar, worin ihre Prioritäten liegen: Aufrüstung, militärische Abschreckung und wirtschaftlich selbstmörderische Sanktionen gegen Russland.

Dabei sind die Preissteigerungen selbst verschuldet und überwiegend hausgemacht. Durch die Absicht der westlichen EU und NATO-Staaten, Russland (und

China) wirtschaftlich und militärisch zu schwächen, um die eigene, immer weiter schwindende ökonomische Vormachtstellung in der Welt irgendwie aufrechtzuerhalten, wird eine Verknappung des Rohstoffangebots zulasten der eigenen Bevölkerung, billigend in Kauf genommen.

Gegen die enormen Teuerungen regt sich jedoch glücklicherweise immer mehr Widerstand. In Leipzig versammelten sich am Anfang September mehrere tausend Menschen entsprechend eines Aufrufs der Partei DIE LINKE zum demokratischen Protest. Auch in anderen Städten laufen die Vorbereitungen für einen heißen Herbst der Proteste.

Die DKP Solingen wird sich an den Protesten beteiligen und ruft dazu auf, gemeinsam gegen die enormen Preissteigerungen auf die Straße zu gehen. Geld ist genug da, das zeigt das 100 Mrd. Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr. Es ist Zeit, es uns zu holen!

Kostenloser ÖPNV – jetzt!

Seit Jahren steigen die Preise für den öffentlichen Personennahverkehr. Durch die steigenden Öl- und Gaspreise hat sich das Problem nochmal verschärft. Menschen, die sich kein Auto leisten können, sind jetzt mehr wie nie auf Bus und Bahn angewiesen. Das auf drei Monate begrenzte 9-Euro-Ticket war nur ein Tropfen auf den heißen Stein, hat jedoch gezeigt, dass die Nachfrage nach günstigem ÖPNV extrem hoch ist.

Wer Arbeitslosengeld II berechtigt ist, kann sich ein Sozialticket kaufen. Sozial ist daran allerdings nicht viel. Der Geltungsbereich ist auf eine Stadt begrenzt und schon jetzt übersteigt der Preis in manchen Städten den monatlichen ALG-II-Regelsatz. Durch diese Ausgestaltung werden sozial benachteiligte Menschen unmittelbar in ihrer Mobilität einschränkt.

Wer sich kein Ticket leisten kann und in der Bahn „erwischt“ wird, wird aufgefordert, 60 Euro als „Vertragsstrafe“ zu zahlen. Beahlt man nicht, weil man sich den Fahrschein an sich schon nicht leisten konnte, kommt die Anzeige, denn das Fahren ohne Fahrschein steht in Deutschland seit 1935 unter Strafe. Verurteilt wird man dann zu einer Geld- oder sogar Freiheitsstrafe.

Vor Gericht stehen überwiegend Menschen, die finanziell benachteiligt sind und sich Geldstrafen nicht leisten können. Dann jedoch droht Ersatzhaft. Und das ist ein Unding. Wir dürfen nicht zulassen, dass Menschen aufgrund ihrer finanziellen oder sozialen Benachteiligung in eine Kriminalitätsspirale rutschen.

Die einzige Konsequenz kann daher nur kostenloser ÖPNV für alle sein! Mobilität ist ein Grund- und Menschenrecht!



Aktion gegen Kriegsverherrlichung am Peter-Höfer-Platz

Wer dieser Tage Richtung stadtauswärts auf den Peter-Höfer-Platz zu fährt, wird statt des steinernen Kriegerdenkmals eine mit roter Farbe bestrichene Säule sehen. Was ist da geschehen? Die Antwort: Hier hat eine Verhüllung stattgefunden. Der Kunstverein Solingen fand, dass es Zeit sei Schluss zu machen mit dieser Kriegsverherrlichung. Denn dafür stand der steinerne Soldat seit 1937. Immerhin kamen bei diesem letzten Krieg allein 60 Millionen Menschen ums Leben. Da war nichts Heroisches. Das Nazis-Terrorregime, für das der Schöpfer dieser steinernen Figur, Harry Stratmann steht, hatte viel mehr Millionen Menschen mit Verfolgung und Massenmorden auf dem Gewissen. Da ist nichts zu verherrlichen.

Die Verhüllung passt in die Zeit. Ebenso der Auftritt des Rappers Kutlu im Rahmen der Aktion mit Texten gegen Krieg und Rassismus, für die Achtung der Menschenwürde und Gleichbehandlung aller Flüchtlinge.

Die Aktion des Kunstvereins ist ein Beitrag zur humanistischen Lebenssicht. Unserer Stadt steht so was gut an. Das verdient unseren höchsten Respekt.



Am 27./28. August fand das 21. UZ-Pressfest in Berlin statt. Mehr als zehntausend Menschen kamen – nicht nur zum Feiern, sondern um sich zu treffen und zu verständigen, um zu diskutieren und auch um die Positionen der Kommunistinnen und Kommunisten kennenzulernen.



Weitere Informationen: www.dkp-solingen.de

E-Mail: dkp-solingen@web.de

V. i. S. d. P.: Horst Krämer, Melanchthonstr. 5, 42653 Solingen